

Staatspleite rückt näher

Im Schatten der Diskussion um den »Grexit« reift der Bankrott der Ukraine heran. Und nicht nur der.

Reinhard Lauterbach

Die in Kiew als Finanzministerin tätige US-Investmentbankerin Natalja Jaresko war monatelang um Optimismus bemüht: Die Verhandlungen über eine Umschuldung mit den ausländischen Gläubigern des Landes würden schon noch zu einer Lösung führen. Vergangene Woche wurde sie ein weiteres Mal gefragt, ob ein ukrainischer Staatsbankrott möglich sei, und sie wurde einsilbig: »Theoretisch denkbar« sei das schon, so Jaresko ohne weitere Einzelheiten.

Die kann man freilich in der Wirtschaftspresse zusammensuchen. Die Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigern sind nach wie vor weit von einem Abschluss entfernt. Zuletzt hatten die kommerziellen Gläubiger der Ukraine – im wesentlichen US-amerikanische Investmentfonds, denen das Land etwa neun Milliarden US-Dollar schuldet – gefordert, die ukrainischen Schulden auf die Nationalbank des Landes umzubuchen. Dann würde dieses mit seinen Gold- und Währungsreserven für die Verbindlichkeiten bürgen. Das reichte zwar bei weitem nicht für die Gesamtschulden der Ukraine, die eine Mitte Juni veröffentlichte Statistik der Nationalbank auf 67 Milliarden US-Dollar beziffert, aber immerhin für so viel, wie die Fonds in der Ukraine investiert haben. Damit aber wäre die Kasse der Nationalbank leer.

Diese Forderung wies nicht nur die ukrainische Regierung zurück, sondern auch der Internationale Währungsfonds (IWF). Der hat nämlich die Reserven der Nationalbank schon als Sicherheit für seine eigenen Forderungen an Kiew verplant. Außerdem wäre eine solche offenkundige Verwendung von IWF-Geld zur Befriedigung privater Investoren politisch schlecht zu verkaufen, zumal IWF-Chefin Christine Lagarde in letzter Zeit gerne über die soziale Dimension predigt, die dem Kapitalismus fehle.

Das ukrainische »Gegenangebot« kam Mitte Juni und folgte dem Motto »Wir wollen alles, und wir wollen es jetzt«. Kiew verlangte nichts weniger als sowohl einen Schuldenschnitt – also die Reduktion der geschuldeten Summen um mindestens 40 Prozent – als auch eine Senkung der vereinbarten Zinssätze. Das aber widerspricht jeder finanziellen Logik, die schlechten Schuldnern höhere Zinsen abverlangt. Und drittens will sie eine Verlängerung der Laufzeiten der verbliebenen Anleihen.

Als Antwort auf diese – finanztechnisch gesehen – Dreistigkeit der ukrainischen Seite erschien Anfang vergangener Woche eine weltweit zitierte Analyse der New Yorker Investmentbank Goldman Sachs, die der Ukraine einen Staatsbankrott im bevorstehenden Juli vorhersagt: Gegen Ende des Monats sei nämlich ein Zinscoupon in Höhe von 240 Millionen US-Dollar fällig, im August komme ein weiterer, und im Dezember seien drei Milliarden Dollar an Russland zur Rückzahlung fällig. Dass die Ukraine diesen Kredit nicht zu tilgen gedenkt, pfeifen in Kiew die Spatzen von den Dächern; die Regierung Jazenjuk hat sich eigens vom Parlament die Vollmacht dazu geben lassen, sich aussuchen zu können, welche Schulden sie bedient und welche nicht. Als Finanzministerin Jaresko öffentlich erklärte, der IWF sei damit einverstanden, den russischen Kredit als nichtstaatlich und deshalb nachrangig einzustufen, kam aus Washington das prompte Dementi: Das habe man nicht gesagt.

Während sich das Geplänkel zwischen Kiew und seinen Gläubigern hinzieht, veröffentlichte die ukrainische Presse vergangene Woche alarmierende Analysen: Die Schwer- und Metallindustrie stehe kurz vor dem Zusammenbruch. Nicht nur deshalb, weil der Bürgerkrieg Lieferverbindungen unterbrochen hat; mit ihm zusammenhängende Verbote lassen sich im Wege von wie auch immer erlangten Sondergenehmigungen für den Import von Kohle aus dem Donbass im Einzelfall offenbar immer umgehen. Die vor einigen Tagen durch Innenminister Arsen Awakow verfügte Auflösung des Freiwilligenbataillons »Tornado« wegen Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung soll nach Darstellung des Bataillonskommandeurs in Wahrheit damit zusammenhängen, dass Angehörige der Einheit mehrfach Kohlenzüge mit solcher »Schmuggelware« gestoppt haben. Damit hätten sie den Politikern in Kiew, die diese Transporte entgegen der offiziellen Blockade genehmigten, die Geschäfte gestört.

Entscheidend für die Krise der ukrainischen Metallindustrie ist offenbar, dass die Finanzbehörden Unternehmen dadurch finanziell aushungern, dass sie ihnen die Rückerstattung der auf Zulieferungen gezahlten Mehrwertsteuer verweigern. Was

zunächst einmal aussieht wie ein Zwangskredit, den sich der in der Klemme steckende Fiskus auf Kosten der Steuerzahler gewährt, ist aber offensichtlich eine gezielte Strategie, in politische Ungnade gefallene Oligarchen aus dem Geschäft zu drängen. Denn unter den Geschädigten sind Personen wie Rinat Achmetow oder Dmitri Firtasch. Letzterer hat bereits erklärt, seine Aktivitäten in der Ukraine einstellen zu wollen.

Firtasch hat früher sowohl mit Russland Geschäfte gemacht als auch den Euromaidan mitfinanziert, aber sein Imperium ist seit der Machtergreifung der Gruppe um Jazenjuk Ziel ständiger politischer Attacken; mehrere einst zu seinen Gunsten erfolgte Privatisierungen sind seit 2014 durch Gerichtsbeschlüsse rückgängig gemacht worden. Dass Firtasch jetzt auch »Asot«, die größte Düngemittelfabrik des Landes, stilllegen will, könnte auch ein politischer Vergeltungsschlag gegen die Regierung sein. Denn der Betrieb ist strategisch bedeutend: Ohne den dort produzierten Kunstdünger steht nach Angaben der *Ukrainskaja Prawda* sogar die Herbstaussaat auf den berühmten ukrainischen Schwarzerdeböden auf der Kippe. Von der Existenz der durch diese Intrigen betroffenen Beschäftigten redet ohnehin niemand. Sie können sich ja immer noch zum Militär melden.

<http://www.jungewelt.de/2015/06-29/034.php>